

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erschint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher N 8538. ::
Redaktionschluss Montage
Mittags vor Erscheinen & Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Post-
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No 18. C 61 n, den 7. September 1918. VI. Jahrgang.

Auflösung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland.

Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leeren Staatsmänner unserer Feinde gegen Deutschland. Sie bestehen nicht nur auf der völligen Zertrümmerung unserer Waffennacht, sie beharren auch auf ihren Plänen, dem deutschen Volke einen schmachvollen Frieden aufzuzwingen und es durch Abschneidung der Rohstoffe und Ausschluss vom Weltverkehr in wirtschaftliche Ohnmacht zu drücken.

Diese Kündelung der Fehde, die sie zu Beginn des fünften Kriegsjahres laut verkünden, obwohl in ihren eigenen Ländern die Friedenssehnsucht der Massen sowie der Einsichtlichen mächtig, legen uns die unabwendbare Pflicht äußerster Anspannung und festerer Sammlung zur Verteidigung des Vaterlandes auf. Jeder Mann und jede Frau muß sich klar sein, es geht um Leben, Ehre und Freiheit unseres Volkes. Deutschland würde in unheilbares Elend verfallen, wenn die Feinde siegen sollten.

Zeit dem ersten Tage des Weltkrieges ist unser Volk von der tiefsten Ueberzeugung befeelt, daß der ihm aufgezwungene Kampf uns Vaterland einer Verteidigung seiner heiligsten Güter gilt. Zu diesem Bewußtsein hat es Ströme eines besten Blutes vergossen, unzahlige Opfer gebracht und namenlose Leiden erduldet. Nicht um Länder zu gewinnen, nicht um die Welt Herrschaft zu erringen, und Deutschlands Söhne ausgezogen. „Uns treibt nicht Eroberungslust!“ Dies Wort des 4. August 1914 gilt auch heute noch. Und wer diesem Kampfe eine andere Deutung gibt als die eines Verteidigungskampfes, der fällt dem Geist und Seele unseres Volkes.

Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im festen Vertrauen auf die Kraft unserer Fronten und die Standhaftigkeit der Heimat sprechen wir es gerade dem Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk, für dessen übertragne Mehrheit der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ Wortführer ist, das Ziel der Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ehren zu sehen sieht, in einem Frieden der Verständigung, ohne schamlose Annexionen und erzwungenen Kontributionen, in einem Frieden, der die Unverletztheit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ebenso feststellt wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährt. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Volksbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker und beide Ziele die dem deutschen Volke heilig sind.

Mögen die Regierungen und Völker unserer Feinde diese unverfälschte Stimme des deutschen Volkes hören! Mögen auch die neutralen Länder sie beobachten! Noch einmal, dies ist wahre, echte Stimme des deutschen Volkes, das zum Kampfe entschlossen, solange die Not es zwingt, jede Kriegsbegehr verabscheut und den Krieg nicht einen Tag länger fortzusetzen gewillt ist, als nötig ist, um einen gerechten, dauernden Frieden für alle zu sichern.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ wendet sich aber auch gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit seiner politischen Entwicklung verkümmern, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft zerstören wollen. Wer heute große Parteien und breite Massen, die dem Vaterlande im Kampf und Tode ihr Dasein weihen, beschuldigt, ihre Gesinnung verdächtig, ihnen verleumderrische Anschuldigungen zudrückt, feierlich zugesagte Rechte verweigert und damit Keime der Zwietracht und Erbitterung sät — der verkündigt sich am Vaterlande, schwächt die Nation und wird zum Handlanger der äußeren Feinde. Freiheit und Vaterland sind unserem kämpfenden und leidenden Volke in diesen Jahren des Weltkrieges zu einem untrennbaren Weien verschmolzen — mit diesem Weiden zieht es in den Kampf der Waffen, mit dieser Lösung geht es an die Werke des Friedens!

Wer bricht den Burgfrieden?

Als vor vier Jahren der Kampf um den Bestand und die Zukunft unseres Vaterlandes ausbrach, waren sich alle Schichten des Volkes darüber einig, daß gegenüber dieser Aufgabe alle inneren Gegensätze und Streitigkeiten zurückzutreten haben. Zu der ersten Zeit schien es auch, als wenn dieser theoretisch als richtig anerkannte Grundsatz praktisch werden würde. Doch nicht allzu lange dauerte es. Allmählich gewann der Eigennutz, die Gewinnsucht wieder die Oberhand, manerte sich sogar im Kriegswunder in einem derartigen Maße, wie es vor dem Kriege nicht bekannt war. Der Preis der meisten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, soweit sie nicht durch Preisbegrenzung in die öffentlichen Hände gelangten, wogt mehr wie alles andere diese Tatsache: Die Staatsgewalt wurde gedrängt, um die Ernährung des Volkes auch nur in etwa sicherstellen zu können, dem großen Uebel des Kriegswunders mit dem kleineren, der in sehr vielen Fällen unberechtigt hohen Hörspreisen zu Leibe zu rücken. Doch nur mit sehr beidseitigem Erfolge. Die Leidtragenden waren in erster Linie diejenigen, die dieien Weltmarkt um hohe Preise nicht zu machen konnten, die Arbeiter und die große Zahl der Arbeiter. Nur ein arms

geringeren Teil der letzteren, die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten, könnten ihr Einkommen zum Teil entsprechend der Teuerung steigern. Alle anderen sanken, und sinken noch heute von Monat zu Monat auf eine wätere soziale Stufe. Was bedeutet heute, bei den jetzigen Preisen, eine Erhöhung des Lohnes um 100 Prozent, die in Zahlen genannt, kaum 1200 bis 1500 Mk. pro Jahr ausmacht? Des Doppelt bis Dreifache wäre notwendig, um die vor dem Kriege eingenommene soziale Stufe zu halten. Trotzdem hat die Arbeiterkass die im Interesse des Volkes notwendig gewordene Einschränkung der Freizügigkeit durch das Hilfsdienstgesetz freudig auf sich genommen. Die guten Ergebnisse dieses Gesetzes sind in erster Linie auf die freudige Mitarbeit der Arbeiterorganisationen zurückzuführen. Um so unverständlicher und empörter wirkt das Verhalten mancher Unternehmer und Arbeitgeber, die trotz alledem immer noch versuchen, die geraden, aufrichten Organisationen zugunsten der willkürlichen gelben Werkverleiher zu unterdrücken. Wenn heute eine Betriebsleitung, die selbstverständlich die Vorteile des Hilfsdienstgesetzes für sich in Anspruch nimmt, die sich gerne durch eine militärische Anordnung mehrere zehntausend, wenn nicht hunderttausend Mark Mehreinnahmen pro Jahr gefallen läßt, ihre Angestellten mit Entlassung droht, wenn sie eine Vertammlung zwecks Besprechung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse beschicken, so ist dieses ein Gebaren, für das bei gerecht denkenden Menschen kein Verständnis vorhanden ist. Um so unverständlicher ist dieses Gebaren, wenn es von einer städtischen Dienststelle, wie es unlängst bei der hiesigen Straßenbahn in Mannheim a. d. Ruhr geschah, befohlen wird. Oder, wenn, wie in Koblenz, die Direktion der Straßenbahn ihren Angestellten, unter der Strafe der Entlassung, nur den Beitritt zu solchen Organisationen gestatten will, die ihr ungenehm sind. Wer bricht hier den sozialen Bürgerfrieden und schwört geradezu soziale Kämpfe heraus? Eine derart sozial rückständige Handlung fordert ja geradezu den Widerstand und die offene Anfechtung heraus. Anscheinend aber fehlt jetzt im fünften Kriegsjahr noch gewissen Schwachmächtern jedes Verständnis für den Ernst der Stunde, sie glauben auch heute noch, mit den nämlichen Mitteln gegen jede selbstständige Meinung der Arbeiterkass vorgehen zu dürfen wie ehedem. Nur ein Unterschied gibt es heute gegen früher. Die Herren haben, wenn die Angestellten und Arbeiter still geblieben, auf ihrem verbotenen staatsbürgerlichen Koalitionsrecht bestanden, Angst vor der eigenen Courage bekommen und nicht gewagt, ihre Drohungen wahr zu machen. Wohl oder übel werden sie auch einen Schritt weiter gehen müssen und den Forderungen der Angestellten und Arbeiter nach einer zeitgemäßen Entlohnung, und hierin dreht sich in letzter Linie der ganze Streit, Nachkommung tragen. Zeitgestellt aber muß werden die eine Tatsache, das schamhafte Verhalten dieser Unternehmer schädigt das Vertrauen der Arbeiterkass in unserer guten Sache, den festen Willen zum Durchhalten, viel mehr, wie ein Duzend feindlicher Agenten es schädigen können. Man möge sich nur der Mühe unterziehen, die Stimmung in der Arbeiterkass auszuforschen, und man wird obige Behauptung bestätigt finden.

Aus unseren Berufen.

Einmalige Zulagen in Mannheim. Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats zugegangen, nach der zum teilweisen Ausgleich der weiteren Teuerung der Lebenshaltung den Beamten, Angestellten und dauernd beschäftigten Arbeitern der Stadt einschließlich der Volksschule und der Handelshochschule für das Jahr 1918 ein vorübergehender

Zuschuß gewährt werden, der jährlich beträgt: a) für Ledige 240 Mk., b) für Verheiratete und diesen Gleichgestellte 360 Mk., c) für Kinder unter 16 Jahren und zwar für das erste und zweite Kind je 120 Mk., für jedes weitere Kind 60 Mk. Für ein über 16 Jahre altes Kind wird ein Zuschuß gewährt, wenn es noch in der Ausbildung zu jenem Berufe steht oder wegen geistiger oder körperlicher Schwäche im Unterhalt der Eltern verbleibt; für ein Kind unter 16 Jahren wird ein Zuschuß nicht gewährt, solange es seinen Lebensunterhalt im wesentlichen selbst erwirbt. Den zurückgesetzten Beamten und Arbeitern wird für das Jahr 1918 zu ihren Ruhebezügen wiederum die Hälfte der unter a) und b) genannten Sätze, den Witwen zu ihren Versorgungsbezügen wiederum die Hälfte von jährlich 144 Mk., ihren Kindern von jährlich 30 Mk., Doppelwitwen 45 Mk. gewährt. Zur Ruhe gesetzte Lehrkräfte und die Hinterbliebenen von Lehrern sowie ihre Kinder erhalten wiederum die Hälfte dieser Beträge. Der Hoftheaterpensionsanstalt und den Hoftheaterstiftungen werden die Mittel zu einer entsprechenden Zulage zu die ehemaligen Mitglieder und Hinterbliebenen solcher Mitglieder zur Verfügung gestellt. An nicht anspruchsberechtigte tragere Beamte, Angestellte, Arbeiter usw., die von der Stadt unterstutzt werden, kann eine widerrufliche Zulage in entsprechender Höhe gegeben werden. 3 von den Zulagen kommt im Jahre 1918 zur Auszahlung, die eine Hälfte September die andere Hälfte im Dezember. Die Hilfskräfte (Aushilfsarbeiter, Anstaltsangestellte) der Stadt, insbesondere ihrer Betriebe und Kriegseinrichtungen, erhalten in der Regel Löhne und Befoldungen, die ohne Unterscheidungen zwischen Verheirateten und Ledigen usw. den Gesamtbezügen der dauernd Angestellten entsprechen.

Eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter und Straßenbahner in Mannheim wird eine Eingabe, die unter der Vorstandsleitung dem Magistrat eingereicht hat. Es wird in der Eingabe darum ersucht, in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerung, den der Berechnung der Unterstützung zugrunde gelegten Lohn, die inzwischen den städtischen Arbeitern gewährten Teuerungszulagen zuzurechnen. Hierdurch würden sich die Unterstützungssätze in etwa der Verteuerung der Lebenshaltung anpassen.

Auch in verschiedenen anderen Städten hat sich der Verband erneut mit dieser Angelegenheit beschäftigt und wird mit entsprechenden Eingaben an die Verwaltungen herantreten.

Aus den Ortsgruppen.

Bonn. In einer am Sonntag, den 1. September, stattgefundenen, überaus hartbeindigen Vertammlung der städtischen Arbeiter und Straßenbahner wurde Stellung genommen zu der durch die Teuerung bedingten neuen Forderungen, welche an die Stadtverwaltung zu stellen sind. Nach dem einleitenden Referat von Kollege Bezirksleiter Leder, Köln, und Gauleiter Kemp, Düsseldorf, wurde folgende Entschließung angenommen:

Die heute im Lokale des Herrn Weber versammelten hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen beauftragen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Zentralverband der Gemeinde- und Straßenbahner gemeinschaftlich mit den Arbeiterausschüssen der Stadtverwaltung eine Eingabe zu unterbreiten, in welcher eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Tag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert werden. Des weiteren werden die Verbände und Arbeiterausschüsse ersucht, darauf hinzuwirken, daß den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen Lederklatsche bei der kommenden Winter zu angemessenen Preisen abgegeben werden.

Darmstadt-Schuldienner. Am 7. Juni d. J. richtete unser Verbandsleiter an den hiesigen Magistrat und das Stadverordnungsamt einen Antrag um Lieferung von Reklamematerial für die städtischen Schulen, oder falls eine solche Lieferung von Seiten der Verwaltung nicht anginge, um Erhaltung

des für die Beschaffung dieses Materials bewilligten Kostens-
 betrage. Bisher wurde diesem doch durchaus berechtigten An-
 trage nicht stattgegeben. Aber auch selbst auf die Auszahlung
 von bisher schon bewilligten Beträgen müssen die Schuldner
 oft recht lange warten. So wurde feinerzeit der Betrag für
 Beschaffung des Reinigungsmaterials von 4 M. auf 5 M. und
 dann, ab 1. Oktober 1917, von 5 M. auf 6 M. erhöht, der
 Betrag der Erhöhung von 4 M. auf 5 M. aber schon seit 1.
 April d. J. nicht mehr, und der Betrag der Erhöhung von 5 M.
 auf 6 M. überhaupt noch nicht ausgezahlt. Ebenso wurde ab
 1. April d. J. der Betrag für die Reinigung der Schulen mit
 Zentralheizung von 75 M. auf 85 M. und der Schulen mit
 Einzelheizung von 50 auf 60 M. pro Klasse und Jahr erhöht,
 diese Erhöhung aber bisher an höheren und Mittelschulen,
 hingegen an den Volksschulen noch nicht ausgezahlt. Daß aber
 die Schuldner nicht so lange auf große Teile ihres für den
 Lebensunterhalt so notwendigen Einkommens warten können,
 sollte auch die maßgebende Stelle, die diese Sachen zu bearbeiten
 hat, doch einsehen. Wenn es zutrifft, wie uns berichtet wurde,
 daß die angeführten Beträge tatsächlich bewilligt sind, so wäre
 also ein Teil dieser Beträge fast 5 Monate und ein Teil sogar
 fast 11 Monate fällig, ohne zur Auszahlung gelangt zu sein.
 Ferner in es den Schuldnern nicht möglich, die in den großen
 Mengen der Schulen vorzunehmenden, weil es ihnen am allernor-
 digsten Reinigungsmaterial fehlt, andererseits aber die hierfür
 nötige gezahlte Vergütung von 3 M. 50 Pf., 4 M., 4 M. in
 Einzelfällen auch 5 M., nicht einfernt ausreicht, die so enorm
 im Preise gestiegenen Materialien dafür zu beschaffen, abge-
 sehen davon, daß manche notwendigen Materialien überhaupt
 kaum mehr erhältlich sein dürften.

Wir sind nun überzeugt, daß dem Herrn Oberbürgermeister
 und auch anderen höheren Stellen als diese wichtigen Verhält-
 nisse wohl kaum bekannt sein dürften, da sie sonst wohl auf Ab-
 stellung dieser Mängel drängen würden. Das hat uns denn
 auch veranlaßt, dem Herrn Oberbürgermeister diese Fragen zu
 unterbreiten und ihm um recht baldige Prüfung und Erledigung
 derselben zu bitten. Hoffen wir, daß die Sache nun end-
 lich ins Rollen kommt und den doch wohl durchaus berech-
 tigten Wünschen der Schuldner Rechnung getragen wird.
 Es darf wohl überhaupt der Hoffnung Ausdruck gefunden wer-
 den, daß die Stadtverwaltung den Einkommens- und Dienstver-
 hältnissen, wie auch den Mietverhältnissen der
 einzelnen Schuldner recht bald etwas mehr ihre besondere
 Aufmerksamkeit schenkt. Müssen doch insbesondere die Einkom-
 mensverhältnisse in Anbetracht des Umstandes, daß die Tätigkei-
 t der Schuldners eine zeitlich fast unbegrenzte Arbeit und in-
 auch die Minderleistung der übrigen Familienangehörigen,
 Frauen und Kinder der Schuldner erfordert, als durchaus
 notwendig erforderlich werden. Daß notwendige Hilfsmittel
 das erforderliche Material um das vielfache im Preise ge-
 stiegen sind, müßte auch weit mehr berücksichtigt werden, als dies
 bisher geschehen ist.

Die zahlreichen Schuldner selbst aber dürfen sich nicht nur
 aus dem Wohlwollen der maßgebenden Stellen verlassen. Sie
 müssen vielmehr, wie dies Beamte, Angestellte und Arbeiter an-
 anderen Betrieben, auch städtischer Betriebe seit Jahren mit bestem
 Erfolg getan, selbst mit Hand anlegen an die Verbesserung
 der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Wohl haben eine An-
 zahl der Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit dieser
 Arbeit anerkannt und sich auch ihrer Verantwortung bewusst
 gemacht, aber ein großer Teil der Schuldner sieht noch ab-
 wandelt und sieht untätig den Bemühungen der ehelich vorkünft-
 lichen Kolleginnen und Kollegen zu. Schämten sich solche Leute
 nicht, daß sie mitzuhelfen wollen, was andere in mühe-
 voller Arbeit für den ganzen Beruf einbringen. Sogleich be-
 reitete man dieses Komitee, um die bisher noch zurückbleibenden
 Mitglieder ihrer umbringen, angelernten, den ganzen Beruf
 in der folgenden Handlungsweise und zu aktiver Mitarbeit im
 sozialer ehelich denkenden Kollegen zu bringen. Aber auch
 zu dieser der Organisation schon anwachsenden Hoffnungen
 zusammen muß die Notwendigkeit des neuen Ausbrennens
 noch mehr beachtet werden. Müssen auch sie bedenken, daß nicht
 so schnell so schnell erfüllt werden, als dies berechtigterweise
 sein könnte. Wie andere Angestellte und Arbeiter
 sollen auch wir in Dortmund den Einfluß erst erlangen. Der
 Einfluß und dauernden Fortschritt unserer Interessen

Da unserer letzten Eingabe an die Stadtverwaltung
 wurde, daß einer Lohnhöhung von 2 M. pro Tag für
 jeden Arbeiter, bezahlend aller über 10 Stunden täglich
 Arbeit als überrunden Vorkurs der Höhe
 um 10 Prozent von dem gesamten Lohnstande...

wie bisher nach dem Grundlohn. Gewährung von 3, 5, oder
 7 Tagen Urlaub, je nach Dienstzeit, und bessere Regelung der
 Lebensmittelverteilung an Schwer- und Schwerstarbeiter be-
 antragt. Auf diese Anträge wurde weiter nicht reagiert, als
 daß allen Arbeitern eine tägliche Lohnzulage in Höhe von 0,50
 Mark bewilligt und eine etwas bessere Regelung der Lebensmittel-
 verlargung an Schwer- und Schwerstarbeiter angeordnet wurde.
 Da aber die vorstehend angeführten Anträge das Mindestmaß
 dessen darstellen, was unter den heutigen Verhältnissen als durch-
 aus berechtigt und notwendig von der Arbeiterschaft beansprucht
 werden kann, wurde unsere Verbandsleitung erneut beauftragt,
 bei der Stadtverwaltung auf Erledigung der genannten An-
 träge hinzuwirken. Ein entsprechender Antrag ist denn auch an
 die Stadtverwaltung und das Stadverordnetenkollegium in-
 zwischen abgegeben. Hoffen wir, daß die maßgebenden Stellen
 das wünschenswerte Verständnis für die unbedingte Notwendig-
 keit der recht baldigen Durchführung der geduldeten Wünsche
 zeigen. Von den städtischen Arbeitern aber muß auch durch
 besseren Besuch der Versammlungen gezeigt werden, daß sie voll
 und ganz hinter den gestellten Anträgen stehen. Es darf nicht
 genügen, die Beiträge pünktlich zu zahlen, nein, erst durch
 regelmäßigen und pünktlichen Besuch der Versammlungen kommt
 unsere Bewegung nach außen hin zur Geltung.

Barren. In unserer letzten Versammlung kam allgemein der
 Wunsch nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum
 Ausdruck und wurde beantragt, von Seiten der Verbandsleitung
 entsprechende Anträge an die Stadtverwaltung zu stellen. Da
 aber die Zusammenarbeit der verschiedenen Gewerkschaften
 längen bei derartigen Anträgen als zweckmäßig anerkannt wurde,
 hielt die Versammlung es nach eingehender Beratung für vor-
 zuziehen, von besonderen Anträgen von Seiten unseres Verbandes
 abzusehen und erst das Resultat einer von Seiten der Arbeiter-
 anschüsse gemeinschaftlich mit dem freien Gemeindearbeiterverbände
 an die Verwaltung gerichteten Eingabe abzuwarten. Es soll hi-
 mit der Grundgedanke der Vereinigung unter der Arbeiterschaft ver-
 mindert werden. Ingleich aber wurde dringend verlangt, daß die
 Leitungen der verschiedenen Verbände bei zukünftigen
 wichtigen Fällen eine Verständigung über gemeinsames Ver-
 gehen versuchen sollten, bevor die eine oder andere Richtung auf
 eigene Faust vorgeht. Da auch der in der Versammlung an-
 wesende Ortsgruppenvorsitzende und verschiedene Mitglieder des
 freien Gemeindearbeiterverbandes die Notwendigkeit eines solchen
 Zusammenarbeitens anerkannten und auch ihre Vereinwillig-
 keit hierzu erklärten, darf man wohl hoffen, daß dadurch die
 Gesamtsolidarität und der Einfluß der städtischen Arbeiter
 auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse nur ge-
 hoben und gefördert wird. Unser Bezirksleiter Kollege Grundbe-
 wurde nun gebeten, sich wegen eines solchen gemeinsamen Vor-
 gehens mit dem Gauleiter Herrg von freien Gemeindearbeiter-
 verbände in Verbindung zu setzen, was inzwischen geschehen
 ist. Sache der städtischen Arbeiter aber wird es sein, ihre Or-
 ganisationen zu stärken, hierbei aber alle persönlichen geschäftlichen
 Meinungen, wie sie leider früher oft vorliefen, zu vermeiden
 in dem Bewußtsein, daß durch solche Meinungen der Gesamt-
 einfluß der Arbeiterbewegung nur leidet und der sozialen Aus-
 ständigkeit mancher Verwaltungen Wasser auf die Mühlen ge-
 liefert wird.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen. Der Deutsche
 Wohnungsausschuß hat vor kurzem bei einer Reihe von Organi-
 sationen, die ihm als Mitglieder angeschlossen sind, eine Un-
 frage veranlaßt über Umfang und Art der neueren Miet-
 steigerungen und über die Wirksamkeit der weitestgehenden Miet-
 schutzmaßnahmen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht be-
 merkenswert. Aus den bisherigen Antworten von den etwa 20
 bedeutenden Organisationen und einer großen Anzahl von Orts-
 gruppen der befragten Organisationen ergibt sich, daß fast in
 allen Bezirken des Deutschen Reiches — namentlich in der Rhein-
 provinz, in Westfalen, Hannover, Schlesien und Groß-Berlin —
 wiederholt allgemeine Mietsteigerungen vorgenommen worden
 sind, und daß weitere Mietpreissteigerungen bevorstehen. Die
 allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn be-
 trugen im Durchschnitt etwa zwischen 10 und 60 Prozent und betragen
 durchschnittlich etwa 30 bis 25 Prozent der Mieten vor dem
 Kriege, die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen
 wurden, betragen sich zwischen 5 und 25 Prozent der bisherigen
 Miete und betragen durchschnittlich etwa 10 bis 15 Prozent. In
 Einzelteilen sind Steigerungen von 50 bis 100 Prozent zu ver-
 zeichnen. In allgemeinen Steigerungen wurden meist an zwei
 durch den November usw. Das Bodum wird dadurch, das die
 Mieten von 1917 2 mal höher sind als im Jahre 1913...
 an einer Stelle

vorzugehen pflegten. Die Mietverträge wurden vielfach nur kurzfristig abgeschlossen oder aber es wurden, wie aus Königs- hütte berichtet wird, bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffeln von Mieterhöhungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgezogen. Die größten Steigerungen wurden bei Neuvermietungen erzielt. In zahlreichen Orten haben aber viele Neuvermietungen stattfinden müssen, weil ganze Straßen- züge von Wohnungen zu hohen Preisen von industriellen Werken aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge, wie sie aus der Provinz Hannover, aus Hamm, Königs- hütte, Wiemar und Sraf- feldern berichtet werden, haben anscheinend eine große Woh- nungskrise hervorgerufen. In einigen Orten wurden kleinere und mittlere, in anderen Orten größere Wohnungen von der Steigerung besonders ergriffen, während in der Mehrzahl der genannten Bezirke und aber die Mieten aller Wohnungen er- höht worden. Auch möblierte Zimmer wurden in manchen Städten von der Steigerung stark betroffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in größter Eile. Nach zagreichen Angaben sind die Mieter infolge des Wohnungsmangels und der Schwierigkeiten des Wohnungswechsels meist froh, wenn sie im Besitze der Woh- nung bleiben können, und sie bewilligen daher die verlangte Mieterhöhung, so sie bieten öfters sogar selbst höhere Mieten an, um sich vor Kündigung zu sichern oder bessere Wohnungen erhalten zu können. Das Mietmangelsamt ist in sehr vielen Orten unbekannt oder führt ein Schattendasein. Vielfach sind auch die bescheidenen Mieter (Kriegerfrauen) gefährdet zu werden, um die richtigen Abwehrmittel anzuwenden. Aus ein- zelnen Städten wird berichtet, daß sich das Mietmangelsamt bewährt habe. Es wird auch von großer Ueberlastung der Mieter gesprochen. In den meisten Antworten werden aber die be- stehenden Mieterkammervereinigungen als ausreichend bezeichnet, und die Verschärfung der Mieterkammergesetzgebung durch die Ver- ordnungen der selbstverwaltenden Generalkommandos werden los- haft begrüßt. Das wesentliche Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, daß sich in fast allen Gegenden Zustände aus- bilden, die im Falle der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 28. Juli 1917 Mieterhöhungen allgemeinen Umfanges durch- gesetzt haben und weitere allgemeine Erhöhungen erwartet werden.

Die angeblich hohen Löhne der Mühlungsarbeiter haben sich nach und nach im Redegespätscher der öffentlichen Meinung schon zu Mieselöhnen der Arbeiter im allgemeinen emporgehoben. Ein erheblicher Teil der Schuld an dieser Auffassung der Volkstim- mung tragen die großen Meinungsforscher, deren Berichte und Meinerie oft genug alle Sachkenntnis vermissen lassen. Dadurch allein konnte es möglich werden, daß solch ganz verurteilte Men- schen in der öffentlichen Auffassung das Schlagwort von den „Mieselöhnen der Arbeiter“ glaubhaft vertreten zu können. Der Metallarbeiterorganisationen, die ja in erster Linie Gesandten haben, unrichtige Ermittlungen über den wirklichen Stand der Löhne der Mühlungsarbeiter zu erheben, haben sich dieser Auf- gabe in verdienstvoller Weise unterzogen. Wäheren Lesern zum größten Teil bekannt sind die Zahlen, die der Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes dem Deutschen Arbeiterkon- gress im vorigen Jahre vorlegte und die aus den Betrieben der Mühlungsindustrie Löhne in das Licht der Öffentlichkeit st- hellten, die bestimmt nicht einmal als gute, viel weniger als Mieselöhne angesehen werden könnten. Vor einigen Wochen hat der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband eine Lohn- statistik veröffentlicht, die den Nachweis erbrachte, daß die in- der Öffentlichkeit so viel verbreiteten Stundenlöhne von 2 bis 3 Mk. nur seltene Ausnahmen darstellen. Diese Feststellung findet eine Echarung in einer Veröffentlichung des Geb. Kom- mercialrats Dr. im. Ernst v. Borst in der Volk- zeitung. Diese Veröffentlichung soll allerdings den Zweck verfolgen, die Ver- hauptung von den Mieselöhnen zu widerlegen und die Lehren der Statistik des Metallarbeiterverbandes zu unterstützen. Die in dem Aufsatze des Herrn v. Borst angeführten Ziffern sind aber der besten Nichtbeachtung der verallgemeinernden Behauptung von den Mieselöhnen der Mühlungsarbeiter. Im Reich der Groß- Berliner Mühlungsindustrie sind mehr als 250000 Arbeiter beschäftigt. Von diesen des Herrn v. Borst ganze 4500 einem Durchschnitts- stundenverdienst von mehr als 2,50 Mk. Da es sich hier um Gemittelungen des Verbandes Berliner Metallindustrieller han- delt, so ist noch nicht einmal erwiesen, ob in dieser Ziffer nicht auch Meister und andere besonders hochqualifizierte Arbeiter eingerechnet sind. Adentfalls ist aber durch die Veröffentlichung des Herrn v. Borst der Nachweis erbracht, daß nur etwa ein Prozent der Groß- Berliner Mühlungsarbeiter einen ansehn- lichen Lohn beziehen, und daß es ein Frevel an unserem Volk- ist, wenn die verallgemeinernde Behauptung von den Miesel- löhnen der Mühlungsarbeiter weiterverbreitet wird.

Arbeiterbewegung.

Eine Lohnbewegung der Bergarbeiterverbände hat für das rheinisch-westfälische Gebiet infolge zu einem beträchtlichen Ergebnis geführt, als der Handelsminister zugesagt hatte, daß eine Preiserhöhung für Kohlen nur unter der Bedingung an- gehen würde, daß die Bergarbeiterlöhne fortschreitend im- gebessert würden. Die Preiserhöhung für die Kohlen ist im- kurzem erfolgt, doch überließen die Gruben mit der Erhöhung der Löhne nicht die gleiche Eile zu haben. Vertreter der Bergarbeiter- verbände hatten deshalb in voriger Woche eine Besprechung mit dem kommandierenden General Herrn v. Gahl in Münster. Es wurde ihnen erklärt, das Generalkommando werde dafür Sorge- tragen, daß die von dem Bundesminister zugesagten Lohn- erhöhungen auf jeder Stufe gegeben würden. Hinsichtlich der Mindergehälter, gegen dessen Einräumung in den Lohn die Berg- arbeiter sich wenden, soll mit dem Handelsminister nach dessen Rückkehr vom Urlaub verhandelt werden. Der Wunsch, das Generalkommando gegen provokatorische Behandlung der Arbeiter und Arbeiterausschüsse einschreiten möge, wurde als berechtigt anerkannt.

Der erste christliche Arbeiterkongress in Österreich wird in den Tagen vom 21. bis 23. September in Wien stattfinden. In diesen ersten Tagen soll die geplante Kundgebung darin bestehen, daß die chris- tliche Arbeiterkassette Österreichs ihrem Glauben, dem Vaterlande und dem angestammten Herrscherhause die Treue unverbrüchlich hält und diese Treue vor aller Welt bekundet. Der Kongress soll Staat und Gesellschaft daran erinnern, daß sie dem Arbeiter- stande endlich jene Stellung im Gemeinschaftsleben einräumen, die ihm wegen seiner Bedeutung und Wichtigkeit für die Gemein- heit zukommt. Gegenstände der Beratung werden sein: Die chris- tliche Arbeiterkassette im Staat und Gesellschaft; die Ziele der chris- tlichen Arbeiterkassette im Wirtschaftsleben und in der Sozial- politik; Sicherung der Volksernährung und Frauenarbeit.

Literarisches.

„Zwei Gebirge, „Königs- Pablon- Nintoc“ 166 Seiten, 20 Ab- bildungen, 10 Photographien, 10 Zeichnungen. Gebirge, von Hermann v. Borst, Leipzig, H. N. Brockhaus. Ganz besondere Dank schuldet die deutsche Arbeiterbewe- gung dem Verfasser, dem Verfasser für sein unbedingtes Eintreten für Deutschland, das er auch in diesem Buch auf formale Weise vertritt. Im Gegensatz! Gleich das erste Kapitel „Die Zeit- ungen der Welt“ ist ein so prächtiges, historisch-wissenschaftliches Werk zur deutschen Sache, das es gerade in diesen Tagen der un- kämpflichen jedem Mannschaften mehr schnell genug in die Hand gegeben werden kann.

Verbandsnachrichten.

Vom 2. September hatten vom zweiten Quartal ab gerechnet die Ortsgruppen: Bromberg, Reuß, Bismarck, Ostpreußen, Pilsener, Merseburg, Sieburg, München, Köln (Frp.), Köln (Str.), Köln (Schuldenfrei), Reutlingen, Mühlhausen und Mainz.

Teilzahlungen an die Hauptkassette. Bei den erhöhten Ein- nahmen infolge der allgemein durchgeführten Beitrags- reform, erscheint es mehr als bisher geboten, daß die Mit- glieder wieder regelmäßig, mindestens aber monatlich ein- mal Teilzahlungen an die Hauptkassette einbringen. Bei- weile Mitglieder schickten bisher den ganzen Anteil der Haupt- kassette erst mit der Abrechnung am Schluß des Vierteljahres ein. Mit diesem Gebotene muß jetzt endlich gebrochen werden.

Bei strenger Befolgung dieser Anordnung können mehrere hundert Mark an Zinsen wieder vereinnahmt werden, die den Mitgliedern wieder zugute kommen.

Der Zentralvorstand